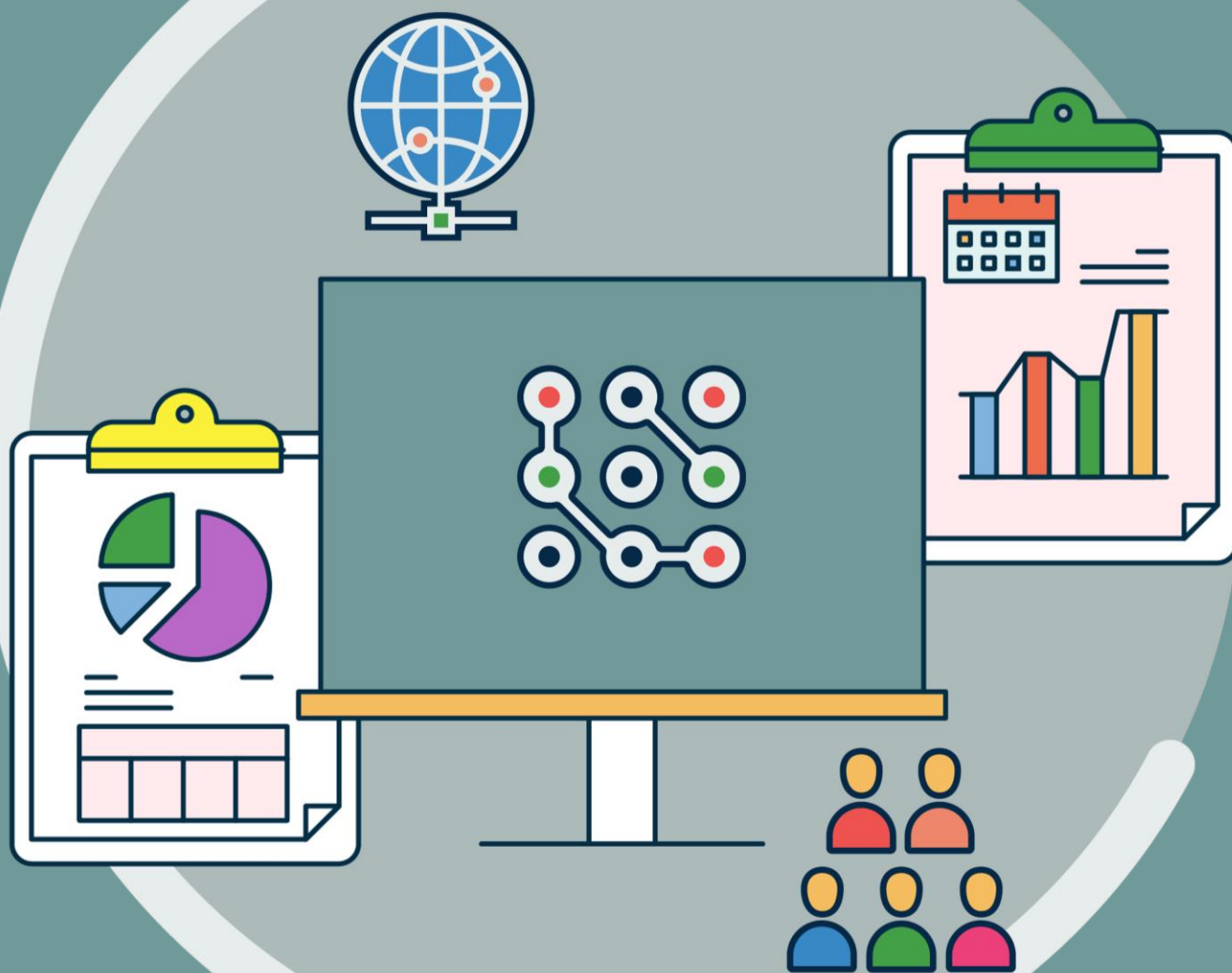




Digitalisierung unter Druck

Nationale Lösungen für mehr Sicherheit und Souveränität gewünscht

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Tobias Keller: Projektleiter und Teamleader Data Analytics

Corina Schena: Projektleiterin

Sara Rellstab: Data Scientist

Ina Gutjahr: Praktikantin Data Science

Roland Rey: Projektmitarbeiter / Administration

Bern, 18. März 2026

Inhaltsverzeichnis

1	MANAGEMENT SUMMARY	4
2	EINLEITUNG	5
2.1	Ziel der Studie.....	5
2.2	Methode.....	5
2.3	Ausgewählte Dimensionen der Stichprobe	6
3	GRUNDHALTUNG ZUR DIGITALISIERUNG	8
4	VERANTWORTUNG UND ROLLE DES STAATES	11
5	NORMATIVE SPANNUNGEN DER DIGITALISIERUNG	15
6	HALTUNG ZU BIG-TECH-UNTERNEHMEN	21
7	FOKUS «KÜNSTLICHE INTELLIGENZ»	23
8	DIGITALISIERUNG POLITISCHER MEINUNGSBILDUNG	25
9	MÖGLICHE HANDLUNGSFELDER	28
10	SYNTHESE.....	29
11	ANHANG	31
11.1	gfs.bern-	31

1 Management Summary



Grundhaltung zur Digitalisierung: Die Schweizer Bevölkerung steht der Digitalisierung grundsätzlich positiv gegenüber, insbesondere mit Blick auf persönliche Vorteile. Gleichzeitig zeigt sich bei den gesellschaftlichen Folgen ein Spannungsfeld zwischen dem individuell wahrgenommenen Nutzen und den kollektiv befürchteten Risiken.



Staatliche Verantwortung: Eine klare Mehrheit sieht den Staat stärker in der Pflicht, die digitale Transformation aktiv zu gestalten. Insbesondere bei Datenschutz, Datensicherheit und Künstlicher Intelligenz werden klare Regeln und staatliche Verantwortung eingefordert.



Digitale Souveränität: Die Bereitschaft, in eigene digitale Lösungen zu investieren, ist hoch, selbst wenn dies mit mehr Aufwand verbunden ist. Abhängigkeiten von internationalen Big-Tech-Unternehmen werden als strategisches Risiko wahrgenommen.



Künstliche Intelligenz: KI-Anwendungen werden bereits von einer Mehrheit der Bevölkerung genutzt. Gleichzeitig überwiegen Sorgen hinsichtlich Ressourcenverbrauch, Kontrolle und Regulierung.



Big Tech und Plattformen: Die Haltung gegenüber internationalen Technologieunternehmen ist überwiegend ambivalent bis kritisch. Besonders problematisch werden deren Einfluss auf Meinungsbildung, Demokratie sowie der Schutz von Kindern und Jugendlichen eingeschätzt. Entsprechend wächst der Wunsch nach stärkeren Regeln für Plattformen.



Digitalisierung und Demokratie: Der Einfluss der Digitalisierung auf demokratische Prozesse wird mehrheitlich kritisch beurteilt. Polarisierung, Desinformation und Überforderung dominieren die Wahrnehmung. Gleichzeitig bleibt das Potenzial digitaler Teilhabe präsent.



Inklusion und Nachhaltigkeit: Digitale Innovationen stossen dann auf Akzeptanz, wenn sie analoge Angebote ergänzen und niemanden ausschliessen. Zudem gewinnt die ökologische Dimension an Bedeutung: Die Bevölkerung bevorzugt ressourcenschonende digitale Lösungen gegenüber einem ungehemmten Technologieausbau.

2 Einleitung

2.1 Ziel der Studie

Im Auftrag der Stiftung Mercator Schweiz führte gfs.bern eine repräsentative Meinungsumfrage bei der Schweizer Bevölkerung ab 16 Jahren zur Digitalisierung der Gesellschaft durch. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Verbreitung von digitalen Technologien untersucht die Studie, wie die Bevölkerung den aktuellen Stand der Digitalisierung beurteilt, welche Erwartungen sie an deren zukünftige Entwicklung richtet und welchen Akteuren sie dabei besondere Verantwortung zuschreibt.



Ziel der Studie ist es, einen fundierten Überblick über die Haltungen und Einstellungen der Schweizer Bevölkerung zur Digitalisierung der Gesellschaft zu gewinnen. Auf dieser Grundlage sollen zentrale Chancen und Risiken der Digitalisierung aus Sicht der Bevölkerung identifiziert werden, um im Anschluss daran zukünftig relevante Studienfelder abzuleiten.

2.2 Methode

Die Ergebnisse dieser Studie basieren auf einer Befragung von 1'018 Personen der Schweizer Wohnbevölkerung. Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Ansatz aus telefonischen Interviews (CATI) und einer bevölkerungsrepräsentativen Onlinebefragung (CAWI) im Dezember 2025.

Weitere methodische Details bietet die nachstehende Übersicht:

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeberin	Stiftung Mercator Schweiz
Grundgesamtheit	Schweizer Wohnbevölkerung ab 16 Jahren
Datenerhebung	Online-Befragung im hauseigenen Panel «polittrends» und CATI RDD Dual Frame
Art der Stichprobenziehung	Online-Panel: geschichtete Zufallsstichprobe nach Alter, Geschlecht und Sprache CATI: Zufällig nach RDD Dual Frame (inkl. 30% mobile) und quotiert nach Alter, Geschlecht und Sprache
Gewichtung	Alter/Geschlecht nach Sprache, Sprache, Kanton, Siedlungsart nach Sprache, Bildung, Partei, bei CATI: RDD
Befragungszeitraum	Von 1. Dezember bis 12. Dezember 2025
Stichprobengrösse	Total Befragte: N = 1'018 (n DCH = 770, n FCH = 192, n ICH = 56) davon 301 CATI und 717 CAWI
Stichprobenfehler	±3.2 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit

©gfs.bern, Mercator Digitale Transformation, Februar 2026

Der Datensatz wurde im Anschluss gewichtet, um repräsentative Resultate zu ermöglichen. Auf der Basis von **REPRÄSENTATIVITÄT** entscheidet auch die **GRÖSSE DES STICHPROBENFELERS** über die Qualität einer Aussage mit. Dieser Wert weist die Irrtumswahrscheinlichkeit und Irrtumsgrösse einer getroffenen statistischen Aussage aus. Dabei ist die Grösse des Irrtums abhängig von der Stichprobengrösse: Je mehr realisierte Interviews, desto kleiner wird der mögliche Fehler:

Tabelle 2: Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern

2.3 Ausgewählte Dimensionen der Stichprobe

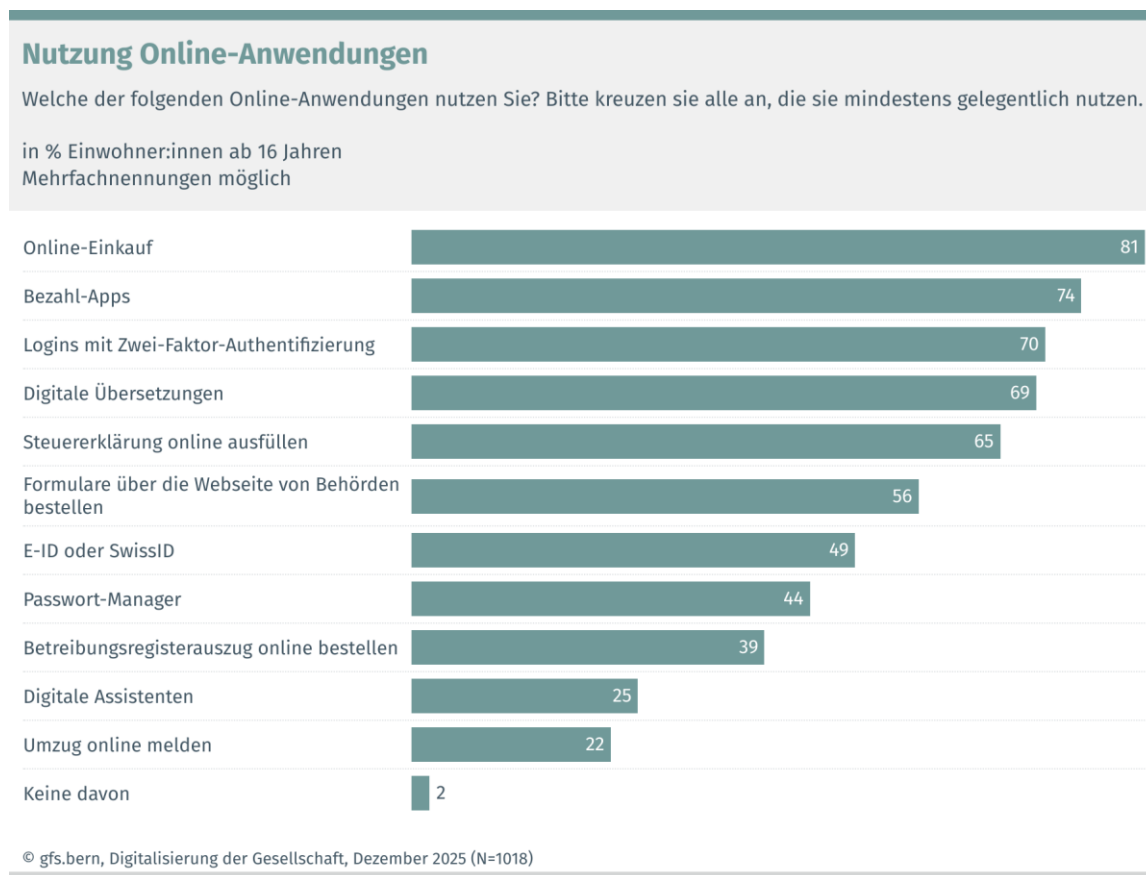
Die Stichprobe zeigt typische Antworten in den Dimensionen Vertrauen in Behörden, Vertrauen in demokratische Prozesse und Nutzung digitaler Lösungen.

- Auf die Frage, wie gross das **VERTRAUEN IN SCHWEIZER BEHÖRDEN** ist, geben 15 Prozent «sehr gross», 60 Prozent «eher gross», 16 Prozent «eher nicht gross» und 6 Prozent «überhaupt nicht gross» an. 3 Prozent gaben «weiss nicht/keine Antwort an».
- Auf die Frage nach dem **VERTRAUEN IN DIE DEMOKRATISCHE PROZESSE** sieht es ähnlich aus: 21 Prozent geben «sehr grosses» Vertrauen an, 55 Prozent «eher gross», 17 Prozent «eher nicht gross» und 4 Prozent «überhaupt nicht gross» an. 3 Prozent gaben «weiss nicht/keine Antwort an».

Auf die Frage nach der Nutzung von **ONLINE-ANWENDUNGEN** zeigt sich ein typisches Bild in der Stichprobe:

- Online-Einkauf, Bezahl-Apps, Logins mit 2FA, digitale Übersetzungen und auch das Ausfüllen der Steuererklärung wird von einer Mehrheit regelmässig genutzt.
- Formularbestellungen über die Webseiten von Behörden, E-ID/SwissID und Ähnliches oder auch ein Passwort-Manager werden von rund der Hälfte benutzt.
- Seltene Aktivitäten wie die Bestellung eines Betriebsregistrauszuges oder die Umzugsmeldung online werden weniger oft angegeben. Digitale Assistenten, obwohl grundsätzlich allgegenwärtig, werden auch selten genutzt.

Grafik 1



Die Stichprobe weist somit typische Verteilungen der Schweizer Bevölkerung ab 16 Jahren in diesen Dimensionen auf.

3 Grundhaltung zur Digitalisierung

Die Grundhaltung gegenüber dem heutigen Stand der Digitalisierung fällt in der Schweizer Wohnbevölkerung ab 16 Jahren insgesamt mehrheitlich positiv aus.

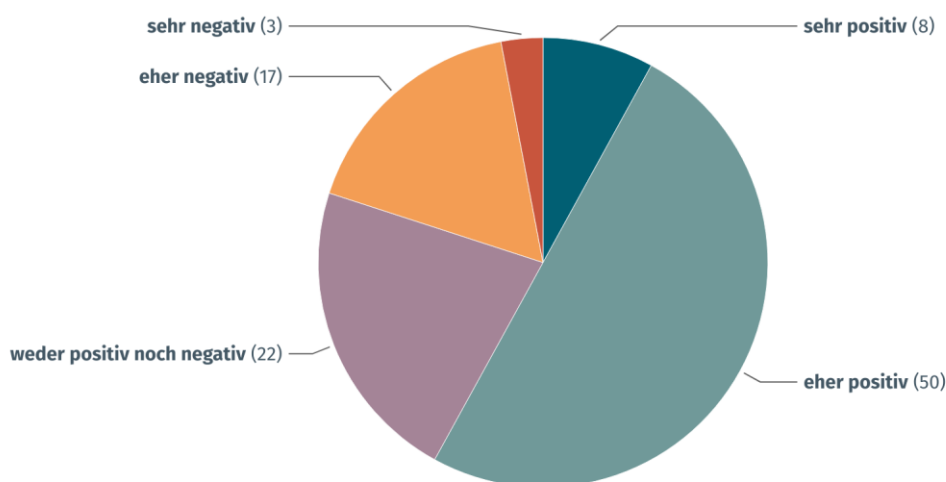
58 Prozent stehen dem heutigen Stand der Digitalisierung positiv gegenüber: 8 Prozent sehr positiv, 50 Prozent eher positiv. 22 Prozent haben eine ambivalente Haltung, d.h. sie stehen ihr weder positiv noch negativ gegenüber. 20 Prozent haben eine negative Haltung (17% eher negativ, 3% sehr negativ).

Grafik 2

Haltung zum heutigen Stand der Digitalisierung der Gesellschaft

Digitale Angebote gibt es mittlerweile in fast allen Lebensbereichen. Ganz generell gefragt, wie stehen sie dem heutigen Stand der Digitalisierung der Gesellschaft gegenüber?

in % Einwohner:innen ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung der Gesellschaft, Dezember 2025 (N=1018)



Bei der ambivalenten Haltung sind zwei Perspektiven denkbar: Es kann sein, dass die Haltung ambivalent ist, weil die Person sehr viel über die Digitalisierung weiss und entsprechend die positiven und negativen Dimensionen der Digitalisierung berücksichtigt. Es ist auch denkbar, dass diese Meinung aus der Haltung entspringt, dass die Digitalisierung so oder so geschieht und «man» nichts dagegen tun könne.



Skeptischer sind tendenziell Personen, die in der Romandie (vs. Deutschschweiz) leben und Personen an den politischen Polen (SP-, Grüne- und SVP-Sympathisierende) sowie Personen, die selbst weniger stark von der Digitalisierung profitieren. Ebenfalls häufiger skeptisch sind Personen, die stärker betonen, dass Technologieunternehmen demokratischen Regeln unterworfen werden sollen und dass der Staat mehr Mittel für den Schutz digitaler Bürger:innen bereitstellen müsse.

Die grundsätzliche Einschätzung der Digitalisierung der Gesellschaft spiegelt sich auch in der Wahrnehmung persönlicher Zukunftsaussichten wider.

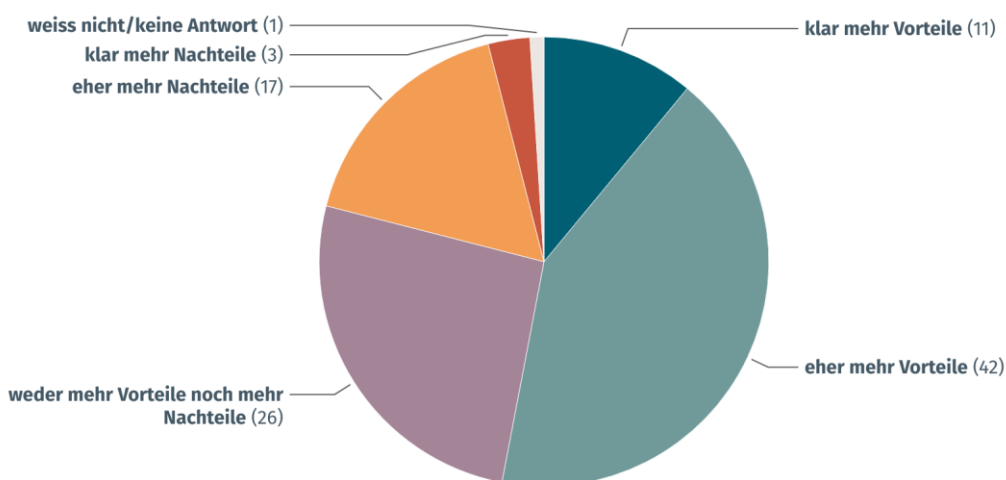
Mit Blick auf die eigene Zukunft erwartet eine Mehrheit eher (42%) oder klar (11%) mehr persönliche Vorteile durch die Digitalisierung der Gesellschaft. Rund ein Viertel der Bevölkerung (26%) rechnet weder mit Vorteilen noch mit Nachteilen, während 20 Prozent eher oder klar mehr persönliche Nachteile erwarten.

Grafik 3

Persönliche Vorteile der Digitalisierung der Gesellschaft

Wenn Sie an Ihre Zukunft denken: Wird die Digitalisierung der Gesellschaft für Sie persönlich Vorteile bringen?

in % Einwohner:innen ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung der Gesellschaft, Dezember 2025 (N=1018)



Persönliche Vorteile sehen vor allem diejenigen dazu befragten Personen, die jünger sind, in der Deutschschweiz (vs. Romandie) leben, höher gebildet sind und auch tendenziell stärker Big Tech und den Behörden vertrauen. Zugespielt formuliert: Wer die technologischen Möglichkeiten nutzt, verschafft sich Vorteile. Bedingung ist aber, dass die Person auch «Big Tech» vertraut, da sie die Anbieter dieser Technologien sind.

Etwas zurückhaltender fällt die Einschätzung der gesellschaftlichen Vorteile aus.

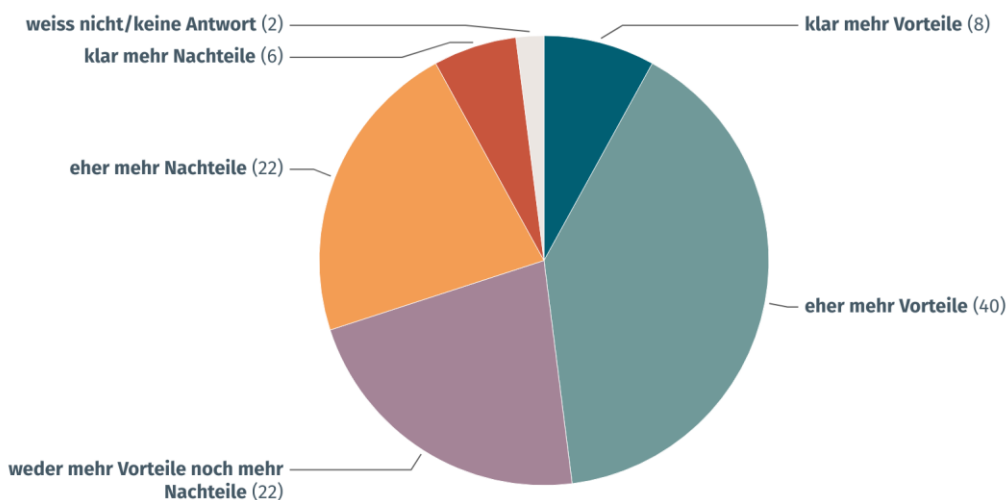
48 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass die Digitalisierung für die gesamte Gesellschaft eher oder klar mehr Vorteile bringen würde. Gleichzeitig sehen 22 Prozent weder mehr Vorteile noch mehr Nachteile und 28 Prozent befürchten eher oder klar mehr Nachteile für die gesamte Gesellschaft.

Grafik 4

Gesellschaftliche Vorteile der Digitalisierung der Gesellschaft

Und wenn Sie an die Zukunft der Gesellschaft denken: Wird die Digitalisierung der Gesellschaft für die gesamte Gesellschaft Vorteile bringen?

in % Einwohner:innen ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung der Gesellschaft, Dezember 2025 (N=1018)



Interessanterweise wird von den eigenen Vorteilen auf die Vorteile der Gesellschaft geschlossen: Wer persönliche Vorteile sieht, ist auch eher der Ansicht, dass die gesamte Gesellschaft profitieren würde. Weder mehr gesellschaftliche Vorteile noch mehr Nachteile sehen vor allem diejenigen befragten Personen, die selbst nur wenige Online-Anwendungen nutzen.



Kombiniert man das Stimmverhalten zur E-ID (September 2025) mit diesen Resultaten, zeigt sich, dass diejenigen Befragten, die gesamtgesellschaftliche Vorteile sehen, zu 62 Prozent Ja gestimmt haben und von denjenigen Personen, die unsicher bezüglich der Vorteile sind oder Nachteile sehen, 73 Prozent Nein gestimmt haben.

Insgesamt ist die Grundhaltung zur Digitalisierung positiv. Es gibt durchaus ambivalente und kritische Stimmen, die es ernst zu nehmen gilt, jedoch gibt es keine Mehrheit, die grundsätzlich gegen die Digitalisierung der Gesellschaft ist.

4 Verantwortung und Rolle des Staates

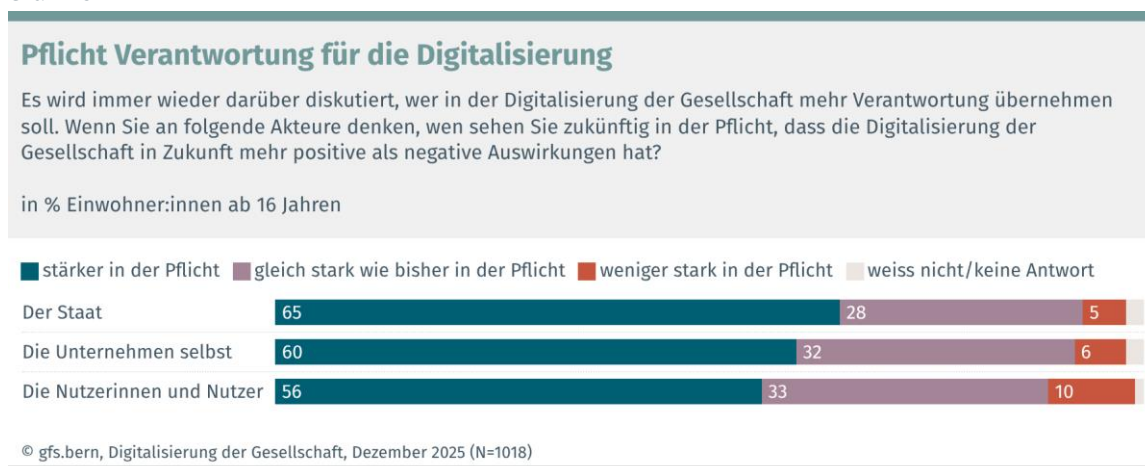
Die Verantwortung und Rolle von verschiedenen Akteuren, die den digitalen Raum und die Digitalisierung der Gesellschaft prägen, wird laufend diskutiert. Dabei stellt sich auch die Frage, welche Rolle der Staat – auch im Vergleich zu anderen Akteuren – einnehmen soll.

In der Frage nach der Verantwortung für eine Entwicklung der Digitalisierung der Gesellschaft mit mehr positiven als negativen Auswirkungen werden alle Akteure von einer klaren Mehrheit stärker in die Pflicht genommen als es heute der Fall ist: der Staat, die Unternehmen und die Nutzer:innen.

Am stärksten sollte der Staat mehr in die Pflicht genommen werden: 65 Prozent sehen den Staat künftig stärker in der Pflicht, während 28 Prozent den Staat gleich stark wie bisher verantwortlich sehen. Lediglich 5 Prozent sprechen sich dafür aus, dass der Staat künftig weniger Verantwortung übernehmen solle.

60 Prozent sehen ausserdem Unternehmen selbst künftig stärker in der Pflicht, damit die Digitalisierung mehr positive als negative Auswirkungen entfalten täte. Auch die Nutzer:innen selbst werden von einer Mehrheit (56%) stärker in die Pflicht genommen, während lediglich 10 Prozent ihnen in Zukunft weniger Verantwortung zuschreiben möchten.

Grafik 5



Insbesondere 64-Jährige und Ältere sehen den Staat stärker in der Pflicht, ebenso Personen aus der Romandie und der Svizzera Italiana. Auch Personen, die eine sehr hohe Nutzung digitaler Lösungen haben, sehen den Staat stärker in der Pflicht als solche, die weniger digitale Lösungen nutzen. Ausserdem zeigt sich: Wer den Staat stärker in die Pflicht nimmt, sieht auch die Unternehmen selbst stärker in der Pflicht.



Aufgeschlüsselt nach politischer Sympathie zeigt sich: SP- und GLP-Sympathisierende nehmen den Staat am stärksten in die Pflicht, SVP- und Mitte-Sympathisierende am wenigsten. Mit Ausnahme der SVP- und FDP-Sympathisierenden sieht zudem eine Mehrheit auch die Unternehmen stärker in der Verantwortung.

Unter jenen Befragten, die den Staat klar stärker in der Regulierungspflicht sehen, zeigt sich zudem ein differenziertes Bild hinsichtlich der Bereiche, in denen stärkere Regulierung gefordert wird. Es gilt zu betonen, dass die genannten Themen, offen formuliert und dann kategorisiert wurden. Gewisse Überschneidungen waren schwierig zu lösen, entsprechend gibt es hier eine gewisse Ungenauigkeit. Trotzdem zeigen sich klare Handlungsfelder aufgrund der Häufigkeit der genannten Themen, die vom Staat stärker reguliert werden sollten.

- Zwei Themen sind an der Spitze mit 19 Prozent der Nennungen: **DATENSCHUTZ UND -SICHERHEIT** sowie **KÜNSTLICHE INTELLIGENZ (KI)**.
 - Es ist ein Anliegen, dass der Staat stärker involviert sein sollte, in dem er die Sicherheit von Daten und Systemen gewährleistet und den Umgang mit personenbezogenen Informationen schützt und reguliert.
 - Beim Thema KI bestehen ebenfalls Bedenken sowohl bezüglich Datenschutz als auch im Hinblick auf Umweltbelastungen.
- Für 12 Prozent soll der Staat die **SOZIALEN MEDIEN** stärker regulieren, indem der Jugendschutz gefördert wird und Desinformationen und Hassreden reduziert werden sollen.
- In den Branchen **GESUNDHEITSWESEN** (11%), **FINANZBRANCHE** (9%) und **ÖFFENTLICHE VERWALTUNG** (7%) soll die Digitalisierung einschliesslich elektronischer Patientenakten, Datenschutz von Gesundheits- und Bankendaten sowie E-Government reguliert werden.
- Das Thema **KINDER- UND JUGENDSCHUTZ** ist 7 Prozent ein Anliegen. Damit verknüpft ist auch das Anliegen für analoge Alternativen (< 5%). Die Unternehmen, die der Staat stärker regulieren soll sind **META** (7%) und allgemein **BIG-TECH-UNTERNEHMEN** (5%).



Personen, die persönliche Nachteile der Digitalisierung der Gesellschaft sehen, befürworten eine stärkere Regulierung von Big-Tech-Unternehmen durch den Staat. Demgegenüber sind Personen, die persönliche Vorteile der Digitalisierung sehen oder diesbezüglich unsicher sind, der Meinung, dass der Staat bei Datenschutz und -sicherheit sowie Künstlicher Intelligenz stärker regulieren sollte.

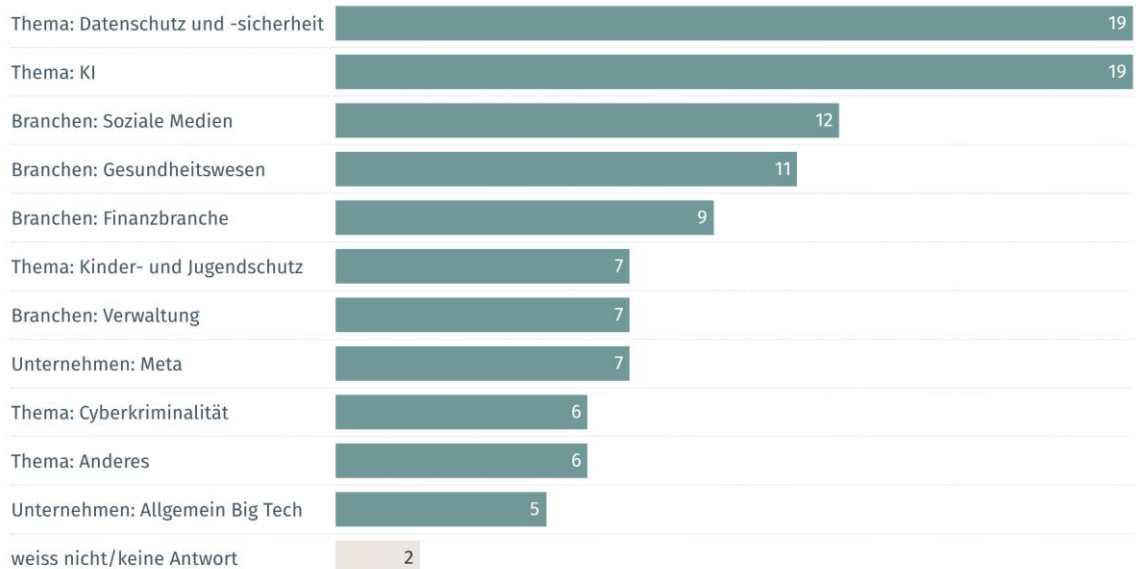
Insgesamt zeigt sich in der Bevölkerung ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Regulierung der Digitalisierung. Es scheint, als ob die Zeit der geringen Regulierung aus Sicht der Bevölkerung vorbei sei, da alle Akteure und insbesondere der Staat stärker zur Verantwortung gezogen werden. Dieses richtet sich weniger auf einen einzelnen Sektor als vielmehr auf mehrere, teils überlappende Problembereiche.

Grafik 6

Stärkere Regulierungspflicht Staat

Sie haben angegeben, dass der Staat mehr Verantwortung übernehmen soll. Welches Unternehmen, welche Branche oder bei welchem Thema sollte Ihrer Meinung nach der Staat stärker regulieren?

in % Einwohner:innen ab 16 Jahren, die den Staat stärker in der Regulierungspflicht sehen im Rahmen der Digitalisierung



© gfs.bern, Digitalisierung der Gesellschaft, Dezember 2025 (n=574)
Kategorien unter 5% werden nicht dargestellt.

Neben den einzelnen Themenbereichen und Branchen konnten die Befragten auch Aussagen zur Rolle des Staates in der Digitalisierung bewerten. Auch daraus lassen sich klare Handlungsfelder für den Staat ableiten.

Wenn speziell die Rolle des Staates bei Aspekten der Digitalisierung der Gesellschaft im Fokus steht, dann sind es drei Aspekte, bei der klare Mehrheiten zustimmen:

- Der Staat soll besonders sicherstellen, dass Entscheidungen von KI-Systemen und Algorithmen nachvollziehbar sind (88%).
- 86 Prozent stimmen eher oder voll und ganz zu, dass der Staat vorschreiben solle, dass bei schwerwiegenden Entscheidungen, die von KI-Systeme unterstützt werden, immer ein Mensch die Resultate prüft.
- Zudem stimmen 80 Prozent eher oder voll und ganz der staatlichen Förderung digitaler Infrastrukturen zu, die ressourcenschonend sind.

Stärker geteilter Meinung sind die Personen bei den folgenden drei Aussagen:

- Immer noch eine Mehrheit (58%) stimmt eher oder voll und ganz zu, dass es nicht Aufgabe des Staates sei, die Kontrolle über persönliche Daten zu regeln.
- 45 Prozent finden, dass Anbieter:innen selbst entscheiden sollen, ob digitale Angebote barrierefrei sind, und
- 44 Prozent lehnen eine stärkere staatliche Regulierung digitaler Märkte ab.

Grafik 7

Rolle Staat Digitalisierung

Wenn wir nun speziell auf die Rolle des Staates blicken: Welche Rolle sollte der Staat Ihrer Meinung nach bei den folgenden Aspekten der Digitalisierung der Gesellschaft einnehmen? Bitte geben Sie an, wie stark Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

in % Einwohner:innen ab 16 Jahren

■ stimme voll und ganz zu ■ stimme eher zu ■ weiss nicht/keine Antwort ■ stimme eher nicht zu ■ stimme überhaupt nicht zu

Der Staat soll sicherstellen, dass Entscheidungen von KI-Systemen und Algorithmen nachvollziehbar sind.



Der Staat soll vorschreiben, dass bei schwerwiegenden Entscheidungen, die KI-Systeme unterstützen, immer ein Mensch die Resultate prüft.



Der Staat soll digitale Infrastrukturen fördern, die ressourcenschonend sind.



Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Kontrolle über persönliche Daten zu regeln.



Anbieter sollen selbst bestimmen, ob digitale Angebote barrierefrei sind.



Der Staat soll die digitalen Märkte nicht stärker regulieren.



© gfs.bern, Digitalisierung der Gesellschaft, Dezember 2025 (N=1018)



Ob Anbieter selbst bestimmen sollen, ob digitale Angebote barrierefrei sind, zeigen sich Unterschiede: Männer stimmen dieser Aussage eher zu als Frauen, ebenso eher Personen aus der Deutschschweiz als aus der Romandie oder Svizzera Italiana sowie eher Sympathisierenden der Mitte bis rechts als Sympathisierende der Grünen, SP und GLP.



Ob der Staat die digitalen Märkte stärker regulieren soll, wird von unterschiedlichen Personengruppen anders bewertet: Jüngere im Alter von 16 bis 39 Jahren sind eher für eine stärkere Regulierung als Ältere, ebenso Personen aus der Romandie im Vergleich zur Deutschschweiz oder zur Svizzera Italiana sowie eher Personen mit Sympathien für die Grünen, die SP und die GLP.

Mit anderen Worten sollte der Staat insbesondere komplexe Systeme wie KI-Systeme oder Algorithmen nachvollziehbar gestalten lassen, den «Human in the Loop» bei kritischen Entscheidungen einsetzen und die digitale Struktur ressourcenschonend fördern.

5 Normative Spannungen der Digitalisierung

Die Digitalisierung der Gesellschaft geht mit verschiedenen Kompromissen einher. Damit die verschiedenen Akteure, die die Digitalisierung vorantreiben, besser verstehen können, welche Positionen die Bevölkerung vertritt, wurden verschiedene Wertefragen gestellt. Damit soll aufgezeigt werden, welche Präferenzen die Bevölkerung vertritt.

NATIONALE SICHERHEIT ÜBERTRUMPFT AKTUELL INDIVIDUELLE PRIVATSPHÄRE: In der Abwägung zwischen nationaler Sicherheit und individueller Privatsphäre verteilt sich die Bevölkerung breit entlang der Skala mit einer leichten Tendenz zur Bevorzugung nationaler Sicherheit (Mittelwert: 3.1). 20 Prozent der Bevölkerung bevorzugen klar eine Schweiz, die digitale Lösungen für die Sicherheit in der Schweiz verstärkt nutzen sollte, auch wenn dies die individuelle Privatsphäre einschränken kann. Demgegenüber gewichten 12 Prozent die individuelle Privatsphäre höher und nehmen dafür Einbussen bei der Sicherheit in Kauf.

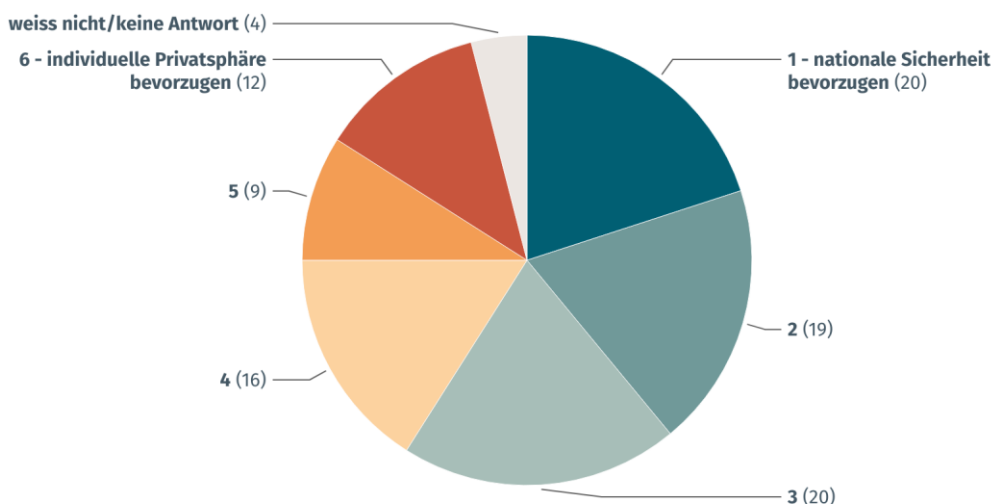
Grafik 8

Nationale Sicherheit vs. Individuelle Privatsphäre

Wir möchten Ihnen jetzt einige Fragen zu verschiedenen Aspekten der Digitalisierung der Gesellschaft stellen. Bitte geben Sie an, was Sie sich für eine digitale Gesellschaft wünschen. Wenn Sie mit Aussage A übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 1 oder eine Zahl nahe bei 1. Wenn Sie mit Aussage B übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 6 oder eine Zahl nahe bei 6. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

A) Die Schweiz sollte digitale Lösungen für die Sicherheit in der Schweiz verstärkt nutzen, auch wenn dies die individuelle Privatsphäre einschränken kann, oder B) die Schweiz sollte die individuelle Privatsphäre höher gewichten, und dafür Einbussen bei der Sicherheit in der Schweiz in Kauf nehmen.

in % Einwohner:innen ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung der Gesellschaft, Dezember 2025 (N=1018)



Während die über 65-Jährigen die nationale Sicherheit bevorzugen, zeigt sich bei den 16- bis 39-Jährigen ein deutlich ausgewogeneres und leicht privatsphäreorientiertes Bild. Zudem ist das Vertrauen in staatliche Institutionen und in die Demokratie ein entscheidender Faktor. Personen mit hohem Vertrauen in Behörden und Demokratie bevorzugen die nationale Sicherheit gegenüber individuelle Privatsphäre.

TECH-UNTERNEHMEN SOLLEN SICH STÄRKER DEMOKRATISCH GESETZTEN REGELN UNTERWERFEN: Bei der Gegenüberstellung der Frage, ob Technologieunternehmen sich wirtschaftlich frei entfalten können sollen und vermehrt selbst regulieren oder ob Technologieunternehmen sich stärker demokratisch gesetzten Regeln unterwerfen sollen, auch wenn dies die Wirtschaftsfreiheit einschränkt, positioniert sich fast ein Drittel (31%) klar für eine demokratisch gesetzte Regulierung von Technologieunternehmen. Die Zustimmung zur Selbstregulierung der Technologieunternehmen umfasst mit Abstufungen ebenfalls ein Drittel (33%). Die tendenzielle Bevorzugung einer stärkeren Unterwerfung unter demokratisch gesetzte Regeln zeigt sich auch im Mittelwert von 4.1, der insgesamt in Richtung einer strengeren Regulierung von Technologieunternehmen ausschlägt.

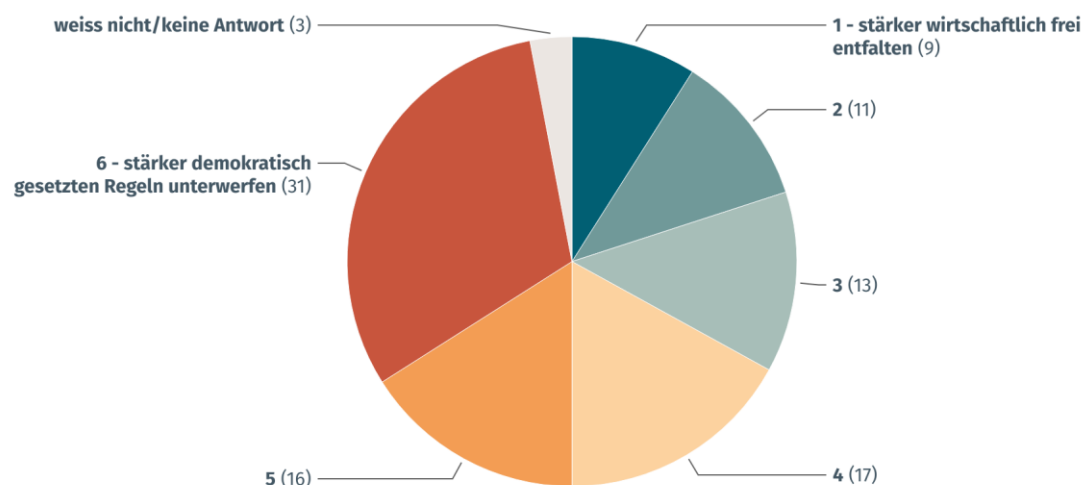
Grafik 9

Selbstregulation vs. Demokratisch gesetzte Regulierung von Technologieunternehmen

Wir möchten Ihnen jetzt einige Fragen zu verschiedenen Aspekten der Digitalisierung der Gesellschaft stellen. Bitte geben Sie an, was Sie sich für eine digitale Gesellschaft wünschen. Wenn Sie mit Aussage A übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 1 oder eine Zahl nahe bei 1. Wenn Sie mit Aussage B übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 6 oder eine Zahl nahe bei 6. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

A) Technologieunternehmen sollen sich wirtschaftlich frei entfalten können und vermehrt selbst regulieren, oder B) Technologieunternehmen sollen sich stärker demokratisch gesetzten Regeln unterwerfen müssen, auch wenn dies die Wirtschaftsfreiheit einschränkt.

in % Einwohner:innen ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung der Gesellschaft, Dezember 2025 (N=1018)



Die Verteilung zeigt typische Unterschiede nach Parteisympathie: Sympathisierende der FDP und SVP bevorzugen die Selbstregulierung, während Sympathisierende der Grünen und SP eine demokratisch gesetzte Regulierung von Tech-Unternehmen bevorzugen.

MITTEL FÜR DIGITALEN SCHUTZ VOR MITTELN FÜR INNOVATIONEN: 38 Prozent sprechen sich klar dafür aus, mehr staatliche Mittel in den digitalen Schutz der Bürger:innen zu investieren als in die Innovationsförderung. Weitere 41 Prozent verorten sich im nahen Bereich zugunsten von mehr Mitteln in den digitalen Schutz, während lediglich 7 Prozent die Bereitstellung von mehr Mitteln für Innovationen bevorzugen. Entsprechend liegt der Mittelwert bei 2,4 und damit deutlich auf der Seite einer stärkeren Priorisierung des digitalen Schutzes. Zu der vergleichsweise kleinen Gruppe, die zusätzliche Mittel für Innovationen befürwortet, zählen anteilmässig häufiger SVP- und FDP-Sympathisierende.

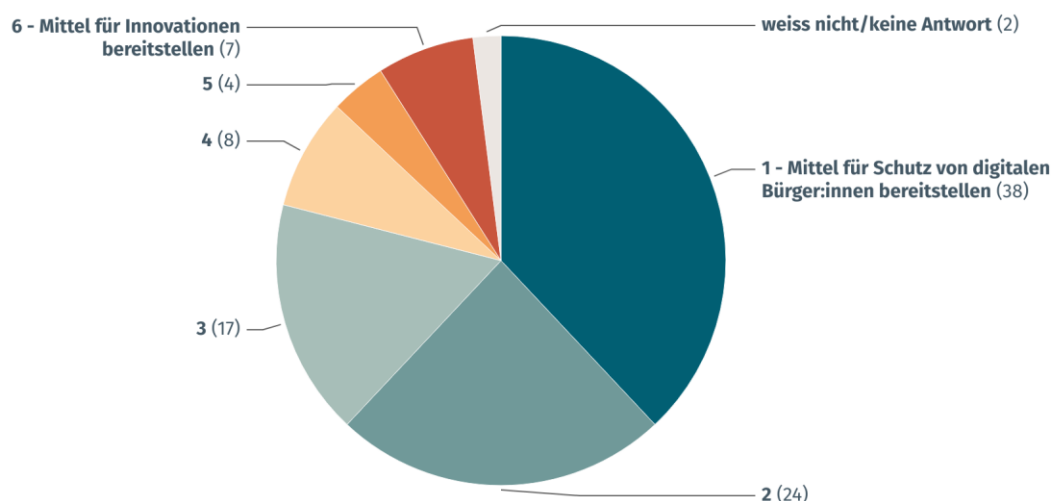
Grafik 10

Staatmittel für digitalen Schutz der Bürger:innen vs. Mittel für Innovationen

Wir möchten Ihnen jetzt einige Fragen zu verschiedenen Aspekten der Digitalisierung der Gesellschaft stellen. Bitte geben Sie an, was Sie sich für eine digitale Gesellschaft wünschen. Wenn Sie mit Aussage A übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 1 oder eine Zahl nahe bei 1. Wenn Sie mit Aussage B übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 6 oder eine Zahl nahe bei 6. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

A) Der Staat sollte mehr Mittel aufwenden, um die Bürger:innen im Digitalen zu schützen, zum Beispiel vor Cyberkriminalität, oder B) der Staat sollte mehr Mittel aufwenden, um ideale Rahmenbedingungen für Innovationen in der Digitalisierung zu ermöglichen.

in % Einwohner:innen ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung der Gesellschaft, Dezember 2025 (N=1018)

SPEZIFISCHE DIGITALISIERUNG MIT WENIG UMWELTBELASTUNG GEWÜNSCHT: In der Gegenüberstellung der Frage, ob in Zukunft mehr Fokus auf dem breiten Nutzen von Technologien mit erhöhter Umweltbelastung oder mehr Fokus auf spezifischerem Nutzen mit weniger Umweltbelastung liegen sollte, spricht sich eine Mehrheit für den Umweltschutz aus (71% Werte 4 bis 6). Hingegen stimmen 9 Prozent klar der Aussage zu, dass es künftig mehr Fokus auf den breiten Nutzen von Technologien in allen Wirtschaftsbereichen braucht, auch wenn die Umweltbelastung dafür steigt. Der Mittelwert von 4.4 verdeutlicht diese klare Präferenz für eine spezifischere Digitalisierung mit geringerer Umweltbelastung.

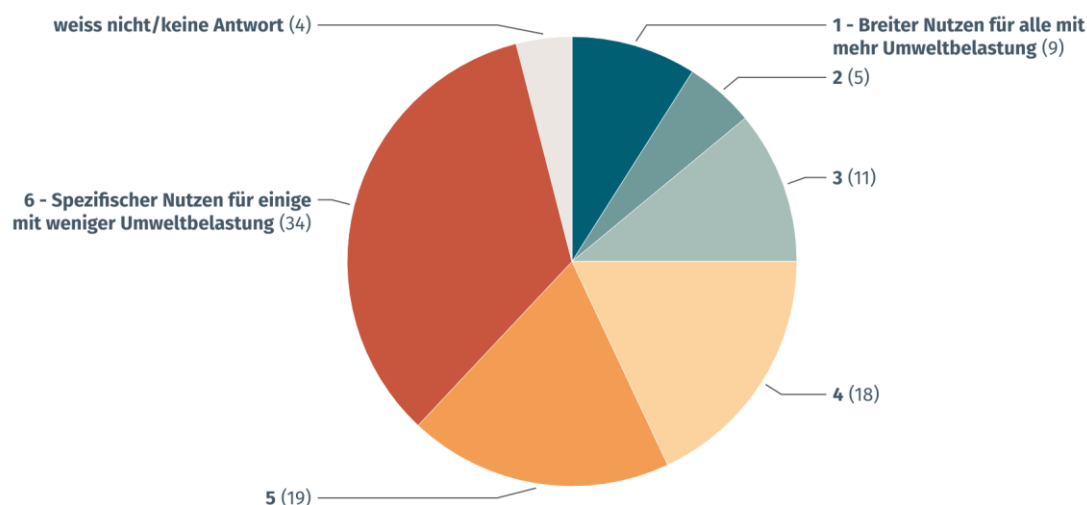
Grafik 11

Breiter Nutzen für alle mit mehr Umweltbelastung vs. Spezifischer Nutzen für einige mit weniger Umweltbelastung

Wir möchten Ihnen jetzt einige Fragen zu verschiedenen Aspekten der Digitalisierung der Gesellschaft stellen. Bitte geben Sie an, was Sie sich für eine digitale Gesellschaft wünschen. Wenn Sie mit Aussage A übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 1 oder eine Zahl nahe bei 1. Wenn Sie mit Aussage B übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 6 oder eine Zahl nahe bei 6. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

A) In Zukunft braucht es mehr Fokus auf den breiten Nutzen von Technologien in allen Wirtschaftsbereichen, auch wenn die Umweltbelastung dadurch steigt, oder B) es braucht mehr Fokus auf energieeffiziente, langlebige und reparierbare Technologien, auch wenn dadurch gewissen Wirtschaftsbereichen der Zugang und der Nutzen gewisser Technologien verwehrt bleibt.

in % Einwohner:innen ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung der Gesellschaft, Dezember 2025 (N=1018)



Die Präferenz für eine spezifische Digitalisierung mit geringerer Umweltbelastung zeigt sich besonders bei Sympathisierenden der Grünen und der SP sowie bei jenen, die persönliche Nachteile der Digitalisierung der Gesellschaft wahrnehmen. Demgegenüber befürworten Männer, Personen mit tiefer Bildung, SVP-Sympathisierende sowie Personen mit einer sehr positiven Haltung zur Digitalisierung vergleichsweise häufiger einen breiten Nutzen für alle bei höherer Umweltbelastung.

EIGENE DIGITALE LÖSUNGEN TROTZ HÖHEREM AUFWAND ENTWICKELN. Auch bei der Frage, ob zukünftig stärker auf eigene digitale Lösungen mit höherem Aufwand gesetzt oder weiterhin internationale Lösungen mit geringerem Aufwand genutzt werden sollen, ist eine klare Mehrheitsmeinung erkennbar. 79 Prozent (Werte 1 bis 3) der Bevölkerung sind bereit, einen höheren Aufwand für eigene digitale Infrastrukturen und Lösungen in Kauf zu nehmen, um Abhängigkeiten von ausländischen Konzernen zu reduzieren. Mit einem Mittelwert von 2.3 liegt die Gesamtbeurteilung klar auf der Seite der Entwicklung eigener digitaler Lösungen und signalisiert eine ausgeprägte Bereitschaft, dafür zusätzliche Ressourcen einzusetzen.

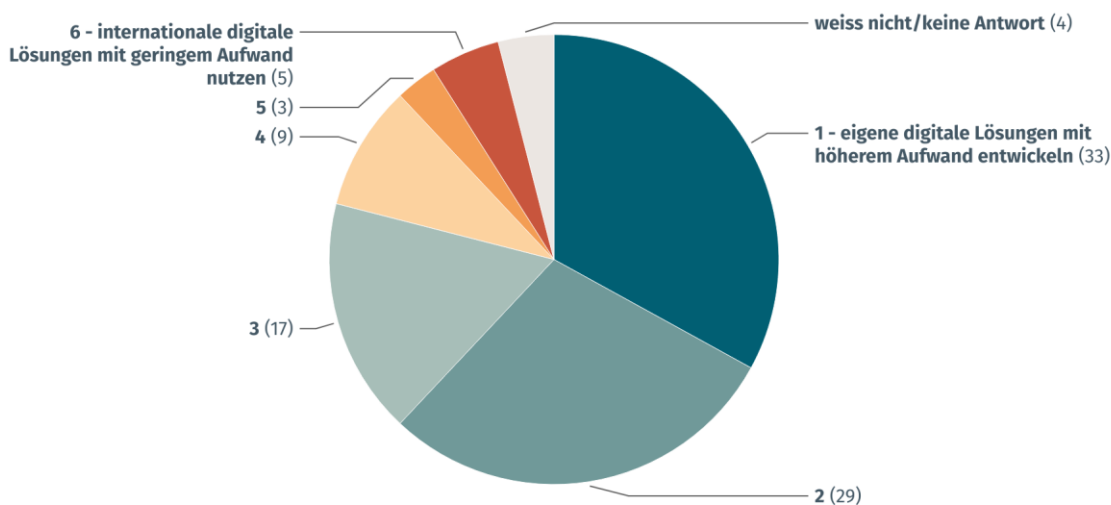
Grafik 12

Eigene digitale Lösungen mit mehr Aufwand vs. Internationale Lösungen mit weniger Aufwand

Wir möchten Ihnen jetzt einige Fragen zu verschiedenen Aspekten der Digitalisierung der Gesellschaft stellen. Bitte geben Sie an, was Sie sich für eine digitale Gesellschaft wünschen. Wenn Sie mit Aussage A übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 1 oder eine Zahl nahe bei 1. Wenn Sie mit Aussage B übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 6 oder eine Zahl nahe bei 6. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

A) In Zukunft sollte stärker auf den Aufbau und die Entwicklung eigener digitaler Infrastrukturen und Lösungen gesetzt werden, auch wenn dies zunächst mehr Aufwand und grössere Umstellungen erfordert, oder B) In Zukunft sollten weiterhin international führende digitale Plattformen, Software und Anbieter genutzt werden, weil sie einen geringeren eigenen Aufwand erfordern, auch wenn dadurch Abhängigkeiten von ausländischen Konzernen entstehen.

in % Einwohner:innen ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung der Gesellschaft, Dezember 2025 (N=1018)



Die Präferenz für eigene digitale Lösungen zeigt sich besonders ausgeprägt bei Personen, die Vorteile der Digitalisierung wahrnehmen, bei Personen, die in der Romandie leben (im Vergleich zur Deutschschweiz) sowie bei Personen ohne Parteibindung. Demgegenüber findet sich die Präferenz für internationale Lösungen anteilmässig häufiger bei Personen mit positiver Haltung gegenüber Big Tech.



Richtet man den Blick auf Personen, die mit dem heutigen Stand der Digitalisierung eher oder sehr unzufrieden sind, zeigt sich ein ähnliches Bild: Auch sie sprechen sich mehrheitlich dafür aus, dass Technologieunternehmen stärker durch demokratisch gesetzte Regulierungen eingehegt werden und dass eigene digitale Lösungen mit grösserem Aufwand entwickelt werden sollten. Zugleich ist ihre Haltung gegenüber Big-Tech-Unternehmen eher negativ. Diese Gruppe ist jedoch keineswegs digitalfeindlich – sie nutzt digitale Lösungen und KI lediglich seltener und weniger intensiv als etwa digitale Enthusiasten.

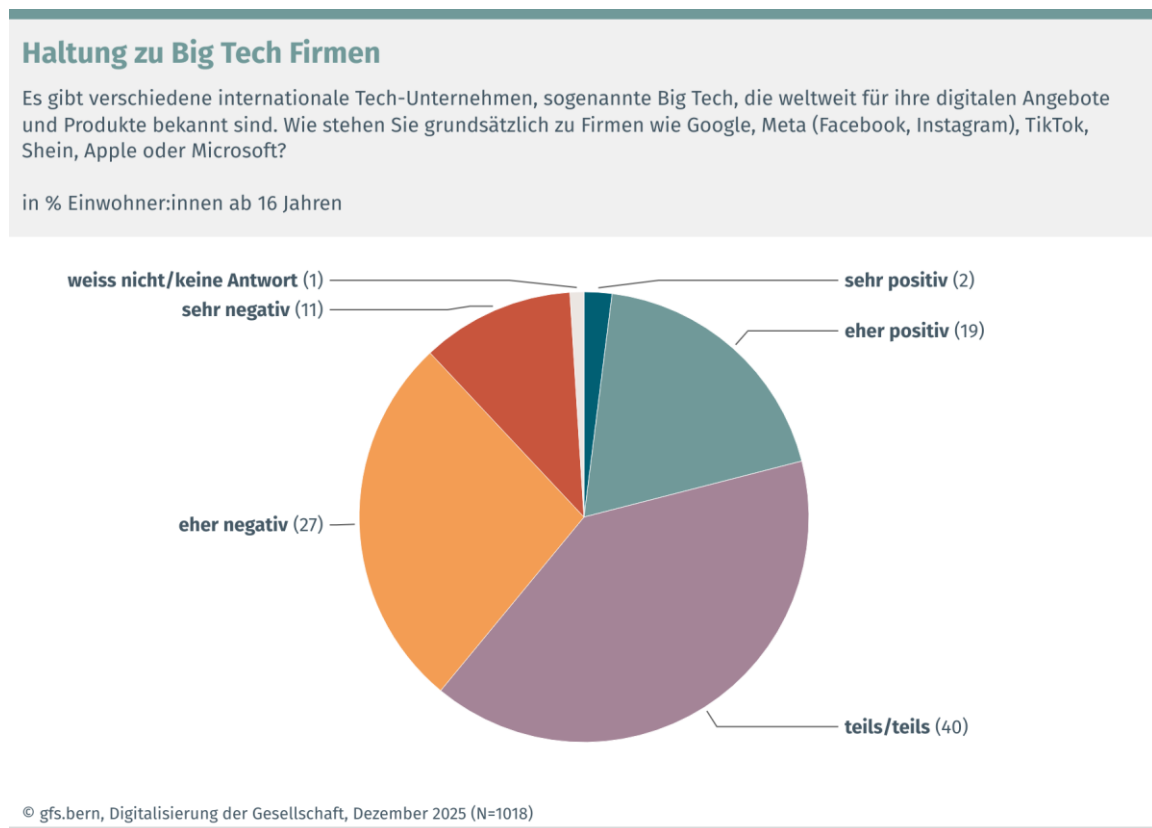
Insgesamt: Die Bürger:innen wünschen sich mehr Sicherheit im digitalen Raum und sehen den Staat in der Pflicht, diese zu gewährleisten; dafür nehmen sie auch Einbussen in ihre Privatsphäre in Kauf. Als mögliches Ziel unterstützt eine Mehrheit eigene digitale Lösungen, die spezifisch und ressourcenschonend sind und die Bürger:innen so gut wie möglich schützen.

6 Haltung zu Big-Tech-Unternehmen

Kohärent zu den Wertehaltungen wird auch Big Tech bewertet: Die Haltung gegenüber internationalen Technologieunternehmen wie Google, Meta, TikTok, Shein, Apple oder Microsoft fällt insgesamt ambivalent bis negativ aus.

40 Prozent der Bevölkerung ordnen sich in der mittleren Kategorie ein und stehen Big-Tech-Unternehmen weder klar positiv noch klar negativ gegenüber. Gleichzeitig äussern 38 Prozent eine eher bis sehr negative Haltung, während 21 Prozent diesen Unternehmen eher bis sehr positiv gegenüberstehen.

Grafik 13

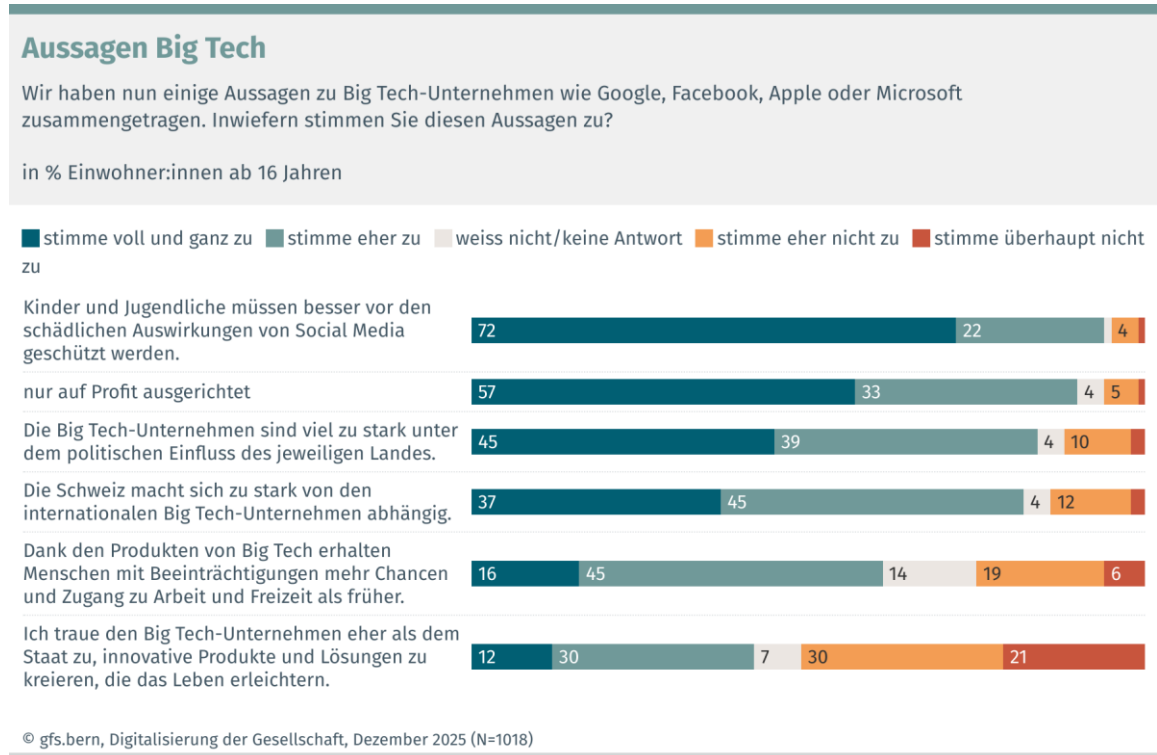


Die eher kritische Haltung zu Big Tech führt einige Herausforderungen mit sich. Vier kritische Aussagen erhalten fast uneingeschränkt Zustimmung:

- 94 Prozent sind der Meinung, dass Kinder und Jugendliche besser vor schädlichen Auswirkungen sozialer Medien geschützt werden müssen.
- Ausserdem stimmen 90 Prozent der Aussage zu, wonach die Big-Tech-Unternehmen nur auf Profit ausgerichtet seien.
- 84 Prozent sehen einen zu starken politischen Einfluss der Herkunftsländer dieser Unternehmen, und
- 82 Prozent befürchten eine zu starke Abhängigkeit der Schweiz von internationalen Big-Tech-Firmen.

Nur 42 Prozent trauen den Big-Tech-Unternehmen eher als dem Staat zu, innovative Produkte und Lösungen zu kreieren, die das Leben erleichtern. Gleichzeitig stimmen 61 Prozent eher oder voll und ganz zu, dass Menschen mit Beeinträchtigungen dank der Produkte von Big-Tech mehr Chancen und Zugang zu Arbeit und Freizeit erhalten würden als früher.

Grafik 14



Personen, die den Big-Tech-Unternehmen eher als dem Staat zutrauen, innovative Produkte und Lösungen zu entwickeln, die das Leben erleichtern, unterscheiden sich unter anderem nach Geschlecht, Parteipräferenz und grundlegenden Einstellungen zur Digitalisierung.



Männer stimmen deutlich häufiger zu als Frauen, dass Big Tech mehr innovative Produkte entwickeln kann als der Staat. Ebenfalls stimmen hier Sympathisierende von FDP und SVP zu, während SP- und Grüne-Sympathisierende deutlich zurückhaltender sind.



Wer den heutigen Stand der Digitalisierung insgesamt positiv beurteilt oder Big Tech grundsätzlich positiv gegenübersteht, traut den Big-Tech-Unternehmen klar häufiger Innovationskraft zu als dem Staat. Ergänzend zeigt sich, dass die Zustimmung besonders verbreitet ist bei Personen, die persönlich eher mehr Vorteile als Nachteile durch die Digitalisierung der Gesellschaft wahrnehmen und deren Wertehaltungen stärker innovations- und marktorientiert ausgerichtet sind. Besonders skeptisch gegenüber der Aussage, dass Big-Tech-Unternehmen eher als der Staat innovative Produkte und Lösungen schaffen können, sind Personen mit einer Präferenz für die individuelle Privatsphäre sowie Personen, die den Staat im digitalen Bereich stärker in der Pflicht sehen.

7 Fokus «Künstliche Intelligenz»

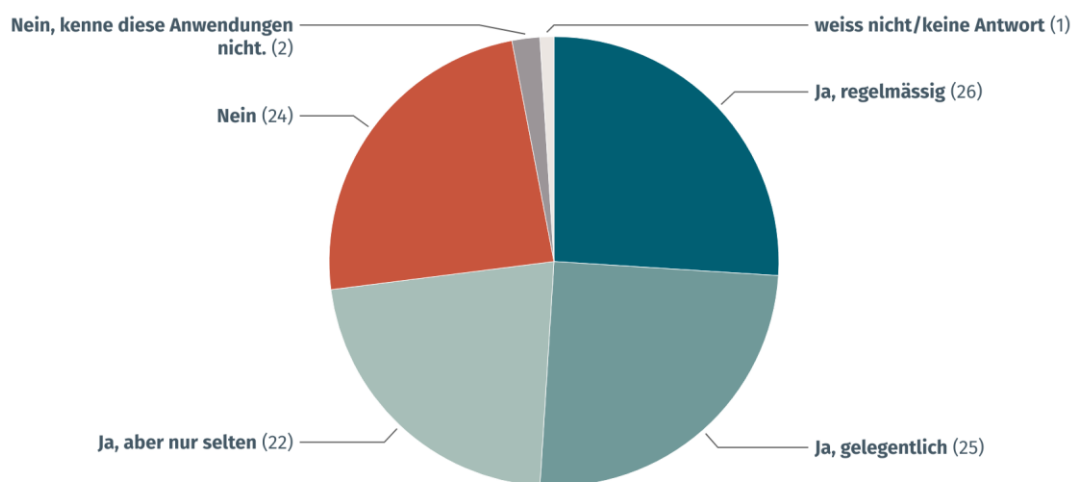
Künstliche Intelligenz ist bereits im Alltag vieler Menschen angekommen. Eine Mehrheit der Bevölkerung (51%) nutzt KI-Anwendungen wie ChatGPT, Gemini, Co-Pilot oder DeepL gelegentlich oder regelmässig. Weitere 22 Prozent geben an, diese Anwendungen nur selten zu nutzen, und rund ein Viertel (26%) gibt an, diese Produkte nicht zu nutzen oder sie nicht zu kennen.

Grafik 15

Nutzung KI

Seit wenigen Jahren haben sich Produkte mit Künstlicher Intelligenz verbreitet, z.B. ChatGPT, Gemini, Co-Pilot oder DeepL. Nutzen Sie solche Anwendungen auch?

in % Einwohner:innen ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung der Gesellschaft, Dezember 2025 (N=1018)

Besonders regelmässig wird KI von **JÜNGEREN** Personen genutzt. Zudem zeigt sich ein Geschlechterunterschied: **MÄNNER** nutzen KI häufiger regelmässig, während Frauen häufiger angeben, KI gar nicht zu nutzen. Ausserdem ist der Anteil der regelmässigen Nutzung von KI deutlich höher bei **EINKOMMENSSTARKEN PERSONEN** und bei Personen mit **HOHER BILDUNG**.

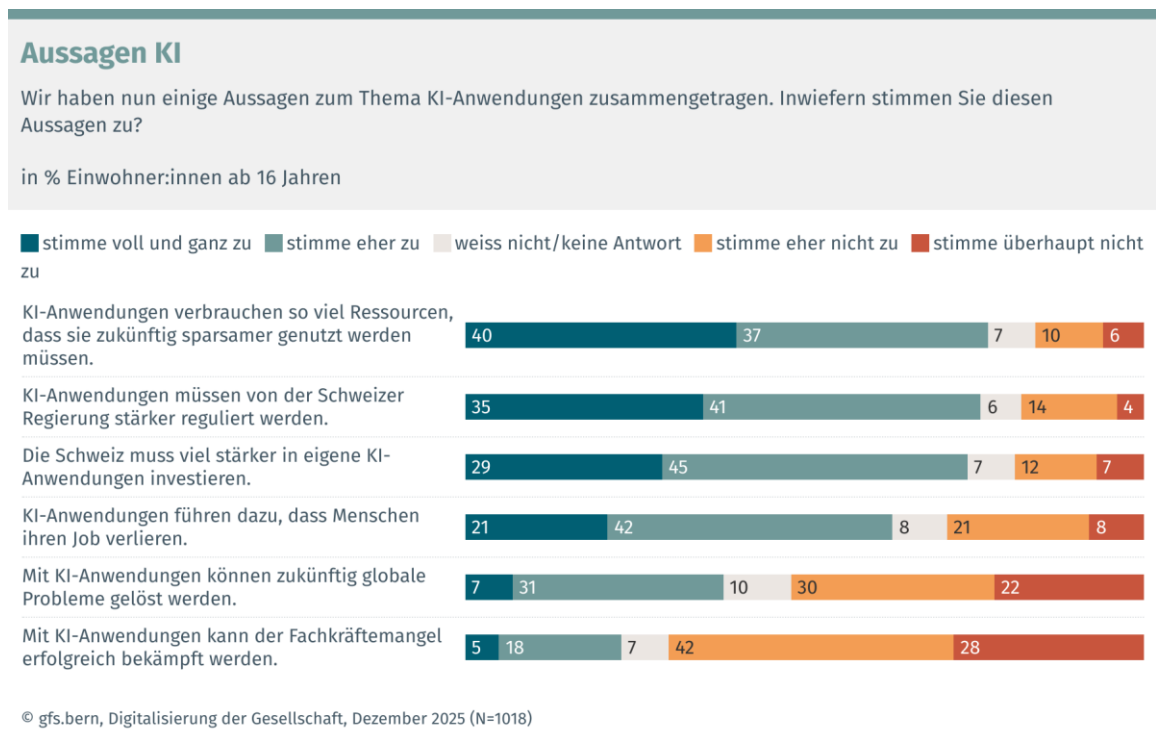
Die Nutzungsunterschiede hängen zudem mit Einstellungen und digitaler Affinität zusammen. Wer den heutigen Stand der **DIGITALISIERUNG POSITIV** bewertet und **EINE POSITIVE HALTUNG GEGENÜBER BIG-TECH** hat, nutzt KI deutlich häufiger regelmässig. Ein erwartbarer Unterschied zeigt sich auch in der allgemeinen digitalen Nutzung. Bei Personen mit **SEHR HOHER DIGITALER NUTZUNG** ist die KI-Nutzung praktisch Standard, während sie bei Personen mit geringer digitaler Nutzung kaum vorkommt.

Seltene Nutzung oder Nicht-Nutzung von KI findet sich dagegen häufiger bei **ÄLTEREN** Personen sowie bei Personen, die **STÄRKER SCHUTZ UND REGULIERUNG** betonen und eher mehr **PERSÖNLICHE NACHTEILE** durch die Digitalisierung der Gesellschaft wahrnehmen und in **UMWELTFRAGEN** eher eine selektive Nutzung der Digitalisierung bevorzugen.

Die Bewertungen von KI-Anwendungen sind deutlich von Ressourcen- und Kontrollbedenken geprägt:

- 77 Prozent sind der Meinung, dass KI-Anwendungen zukünftig sparsamer genutzt werden müssen, weil sie so viele Ressourcen verbrauchen würden.
- 76 Prozent fordern eine stärkere Regulierung durch die Schweizer Regierung.
- 74 Prozent sind der Ansicht, dass die Schweiz deutlich stärker in KI investieren sollte.
- 63 Prozent befürchten Arbeitsplatzverluste durch KI.
- Demgegenüber glaubt eine Mehrheit eher nicht, dass KI zukünftige globale Probleme lösen (52%) oder den Fachkräftemangel erfolgreich bekämpfen könne (70%).

Grafik 16



Dass zukünftig globale Probleme gelöst werden können, glauben eher Jüngere (16 bis 39-Jährige) als Ältere, eher Personen in der Deutschschweiz als in der Romandie, eher Männer als Frauen, Personen mit höherem Einkommen als solche mit tieferem Einkommen sowie Personen mit Sympathien für die Mitte, FDP und GLP im Vergleich zu Personen mit anderen Sympathien. Ebenfalls glauben dies eher Personen, die viele technische Lösungen nutzen und Vorteile der Digitalisierung wahrnehmen.

Die Hoffnung auf ressourcenschonende, «eigene» KI-Anwendungen mit stärkerer Regulierung ist breit in der Bevölkerung vorhanden. Allerdings löst man damit das Fachkräfteproblem nicht, da KI nicht jene Jobs ersetzt, sondern solche, bei denen es keinen Fachkräftemangel gibt.

8 Digitalisierung politischer Meinungsbildung

Der Einfluss der Digitalisierung auf demokratische Informationsverbreitung, Meinungsbildung und Entscheidungen wird insgesamt eher kritisch beurteilt. 46 Prozent bewerten den Einfluss auf die demokratischen Prozesse der Schweiz als eher bis sehr negativ.

Weitere 30 Prozent sehen weder einen positiven noch einen negativen Effekt, während lediglich 19 Prozent den Einfluss der Digitalisierung auf die Demokratie eher oder sehr positiv einschätzen.

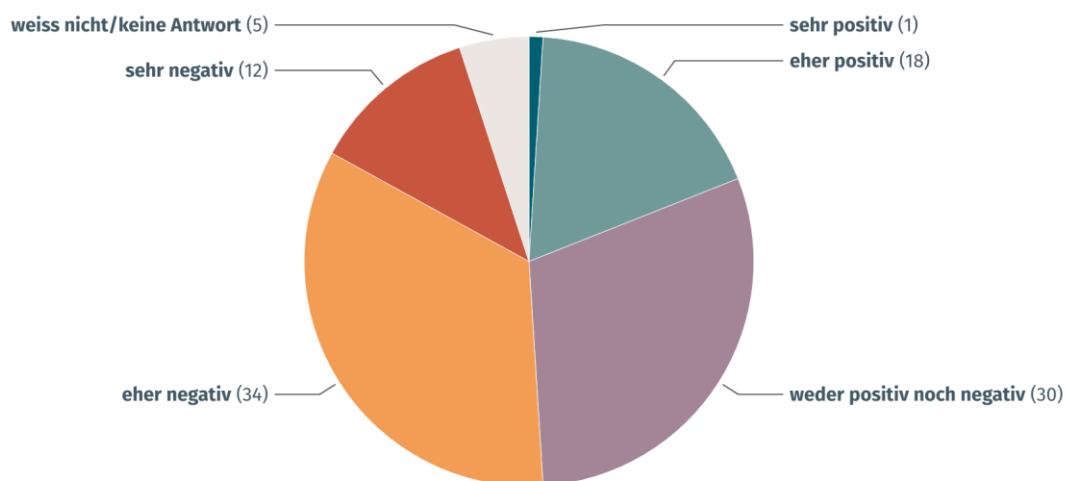
Personen, die dem heutigen Stand der Digitalisierung positiv gegenüberstehen und eine positive Haltung gegenüber Big-Tech haben, schätzen den Einfluss der Digitalisierung auf die Demokratie häufiger als eher oder sehr positiv ein.

Grafik 17

Beurteilung Einfluss der Digitalisierung auf demokratische Prozesse

Die Digitalisierung verändert zunehmend, wie politische Informationen verbreitet, Meinungen gebildet und Entscheidungen getroffen werden. Wie beurteilen Sie insgesamt den Einfluss der Digitalisierung auf die demokratischen Prozesse in der Schweiz?

in % Einwohner:innen ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung der Gesellschaft, Dezember 2025 (N=1018)

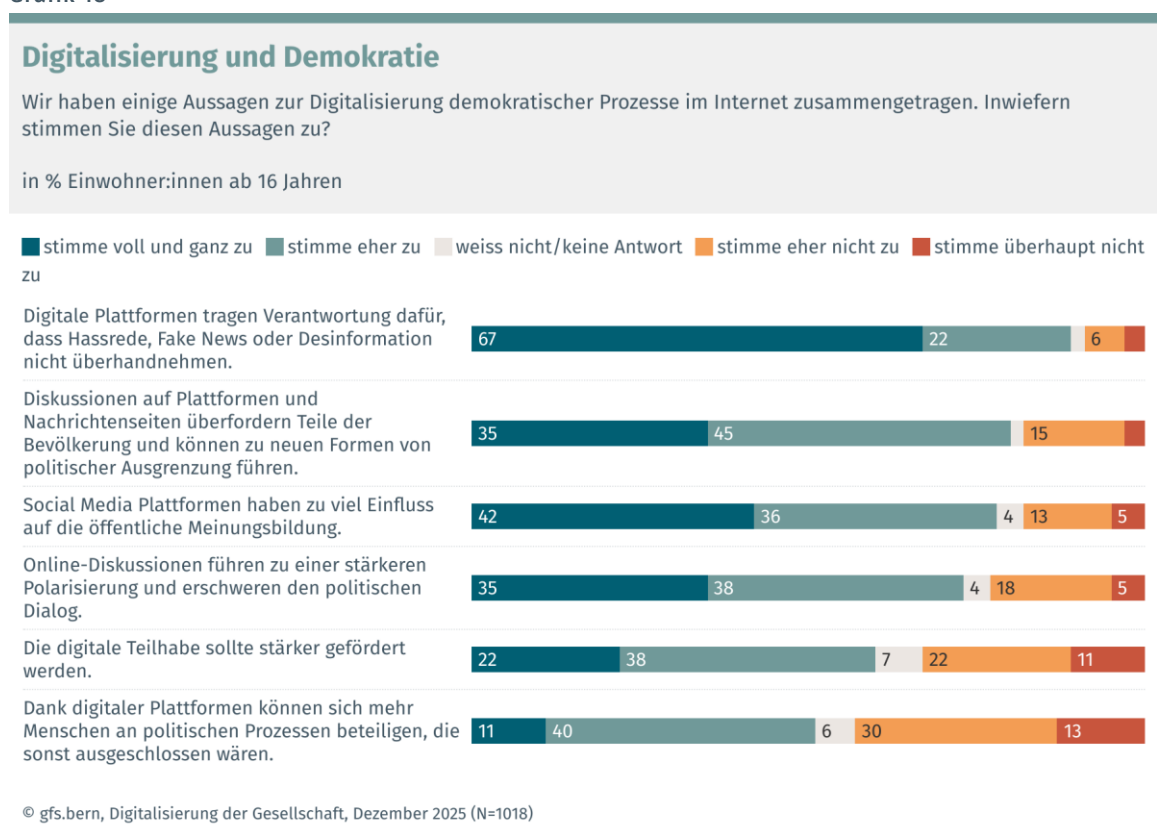


Der Einfluss der Digitalisierung auf demokratische Prozesse wird besonders häufig negativ von Personen beurteilt, die den Staat stärker in der Pflicht für Regulierungen sehen, sowie von Befragten mit einer stärker schutz- und regulierungsorientierten Werthaltungen.

Woher rührt diese Kritik an der Digitalisierung der Informationsverbreitung, der Meinungsbildung und der politischen Entscheidungen?

- Eine breite Mehrheit (89%) stimmt der Aussage zu, dass digitale Plattformen die Verantwortung dafür trügen, dass Hassrede, Fake News oder Desinformation nicht überhand nehmen.
- Ausserdem befürchten 80 Prozent der Bevölkerung, dass Diskussionen auf Plattformen und Nachrichtenseiten einen Teil der Bevölkerung überfordern würden und zu neuen Formen von politischer Ausgrenzung führen könnten.
- Die Aussage, dass Social Media Plattformen zu viel Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung hätten, findet bei 78 Prozent eine Zustimmung.
- Eine breite Zustimmung (73%) findet auch die Aussage, dass Online-Diskussionen zu einer stärkeren Polarisierung führten und den politischen Dialog erschwerten.
- Trotz dieser Bedenken befürworteten 60 Prozent eine stärkere Förderung digitaler Teilhabe.
- Zudem sind 51 Prozent der Ansicht, dass sich dank digitaler Plattformen mehr Menschen an politischen Prozessen beteiligen könnten, die sonst ausgeschlossen wären.

Grafik 18

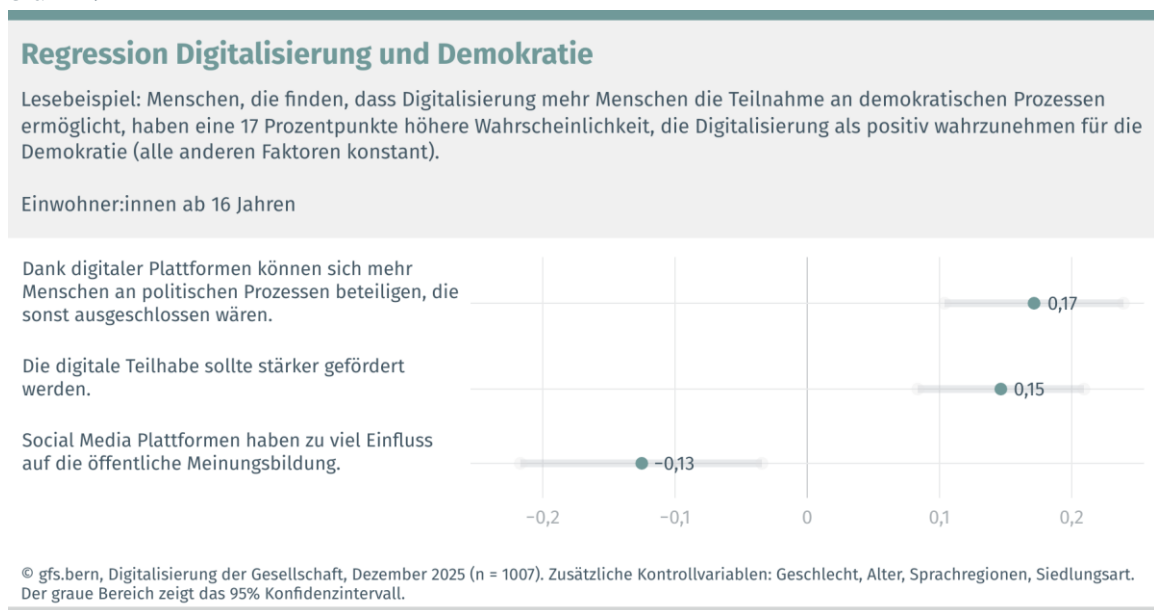


Wenn die Digitalisierung der demokratischen Prozesse aktuell skeptisch gesehen wird, stellt sich die Frage, woran das konkret liegen könnte. Mit einer Regressionsanalyse wurde berechnet, welche Argumente am stärksten für eine positive beziehungsweise eine negative Haltung zur Digitalisierung der Demokratie führen.

- Hierbei zeigt sich, dass ein positives Bild daher rührt und verstärkt werden könnte, wenn die Meinung vorherrscht, dass dank digitaler Plattformen sich mehr Personen an den politischen Prozessen beteiligen können.
- Ausserdem gibt es einen positiven Effekt, wenn die Meinung vertreten wird, dass die digitale Teilhabe stärker gefördert werden soll.
- Wenn hingegen die Meinung vertreten wird, dass Social-Media-Plattformen zu viel Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung hätten, dann ist man kritisch gegenüber der Digitalisierung der Demokratie.

Verkürzt gesagt: Die «Schuld» des schlechten Images der Digitalisierung der Demokratie, wenn man so will, liegt bei Social Media Plattformen; Vorteile finden sich vor allem bei der Inklusion von «mehr Bürger:innen» dank der Digitalisierung.

Grafik 19



Die Bevölkerung ist nicht per se gegen die Digitalisierung der Informationsverbreitung, der Meinungsbildung oder der Entscheidungsfindung, sondern über den aktuellen Stand, der stark als von Hassrede/Fake News, unkontrollierten Plattformen und erschwertem politischen Dialog geprägt wahrgenommen wird.

9 Mögliche Handlungsfelder

Gemäss den Resultaten der Bevölkerungsbefragung lassen sich fünf Handlungsfelder ableiten, die gesellschaftlich und entsprechend politisch relevant sind. Diese Handlungsfelder zielen darauf ab, dass die Digitalisierung der Gesellschaft mehr Vor- als Nachteile bringt und die Bedürfnisse der Bevölkerung abdeckt.

1. **VERTRAUEN DURCH KLARE REGELN ZU DATENSCHUTZ UND DATENSICHERHEIT, INSBESONDERE BEI KI:** Die Akzeptanz der digitalen Transformation ist stark an Schutz- und Kontrollfragen geknüpft. Insbesondere bei Datenschutz, Datensicherheit und dem Einsatz von KI besteht ein ausgeprägtes Bedürfnis nach staatlicher Regulierung. Politisch zentral könnte deshalb der Ausbau klarer, verständlicher und durchsetzbarer Regeln betreffend der Transparenz von Algorithmen, der Nachvollziehbarkeit von KI-Entscheiden und verbindlichen «Human in the Loop»-Prinzipien bei sensiblen Anwendungen sein.
2. **DIGITALE SOUVERÄNITÄT STRATEGISCH AUFBAUEN UND ABHÄNGIGKEITEN REDUZIEREN:** Eine breite Mehrheit ist bereit, höhere Aufwände für eigene digitale Lösungen in Kauf zu nehmen, um Abhängigkeiten von internationalen Technologieunternehmen zu verringern. Für die Politik lässt sich daraus der Auftrag ableiten, gezielt in nationale und allenfalls europäisch eingebettete digitale Infrastrukturen zu investieren, insbesondere in sicherheitsrelevanten Bereichen wie Identitäten, Datenhaltung und KI.
3. **SOZIALE MEDIEN UND PLATTFORMEN STÄRKER REGULIEREN, INSBESONDERE ZUM SCHUTZ VON DEMOKRATIE UND JUGEND:** Die kritischste Bewertung der Digitalisierung betrifft den Einfluss sozialer Medien auf Meinungsbildung und demokratische Prozesse. Desinformation, Hassrede, Polarisierung sowie Überforderung einzelner Bevölkerungsgruppen werden als zentrale Probleme wahrgenommen. Entsprechend könnte die Politik den regulatorischen Rahmen für Plattformen weiterentwickeln, mit Fokus auf Verantwortung der Anbieter, auf wirksamen Kinder- und Jugendschutz sowie auf Massnahmen gegen Desinformation.
4. **DIGITALISIERUNG MIT ERHÖHTER TEILHABE VERKNÜPFEN:** Die Resultate deuten darauf hin, dass die Digitalisierung – sofern sie von vertrauenswürdigen und ressourcenschonenden Anbietern stammt – durchaus positiv wahrgenommen wird. Sie kann die Teilhabe an demokratischen Prozessen fördern und somit einen Mehrwert zu analogen Möglichkeiten bieten. Die Digitalisierung sollte auf diesen Prinzipien weiterentwickelt werden.
5. **RESSOURCENSCHONENDE DIGITALISIERUNG GEZIELT FÖRDERN:** Neben sozialen und demokratischen Aspekten gewinnt auch die ökologische Dimension an Bedeutung. Eine Mehrheit der Bevölkerung bevorzugt spezifische, ressourcenschonende digitale Lösungen gegenüber einem breitflächigen, aber umweltintensiven Technologieeinsatz. Nachhaltigkeit wird damit zu einem integralen Bestandteil digitaler Zukunftspolitik.

Die Ergebnisse zeigen eine grundsätzlich positive Haltung zur Digitalisierung, die jedoch klar an Bedingungen geknüpft ist. Besonders drängend sind aus Sicht der Bevölkerung Fragen zum Datenschutz, zur KI-Regulierung, zur digitalen Souveränität sowie zum Schutz von Demokratie und sozialer Teilhabe.

10 Synthese

In Thesenform fassen wir die Erkenntnisse dieser Studie wie folgt zusammen:

POSITIVE GRUNDHAL- TUNG

Die Schweizer Bevölkerung steht dem heutigen Stand der Digitalisierung der Gesellschaft grundsätzlich positiv gegenüber. Dabei fällt die Bewertung der persönlichen Vorteile deutlich optimistischer aus als jene der gesellschaftlichen Folgen. Diese Differenz verweist auf ein zentrales Spannungsfeld: Während individuelle Nutzenaspekte wie Effizienz oder Komfort anerkannt werden, werden kollektive Risiken wie soziale Spaltung, Kontrollverlust oder demokratische Nebenfolgen kritischer reflektiert. Die Zustimmung zur Digitalisierung ist damit vorhanden, aber nicht vorbehaltlos.

DIGITALE SOU- VERÄNITÄT

Die hohe Bereitschaft, in eigene digitale Infrastrukturen und Lösungen zu investieren, zeigt ein ausgeprägtes Bedürfnis nach digitaler Souveränität. Abhängigkeiten von internationalen Technologieunternehmen werden als strategisches Risiko wahrgenommen, nicht nur technologisch, sondern auch politisch und gesellschaftlich. Digitale Souveränität wird dabei vermutlich weniger als Abschottung verstanden, sondern als Fähigkeit des Staates, zentrale digitale Funktionen selbstbestimmt, sicher und im öffentlichen Interesse zu gestalten.

STARKE STAAT- LICHE ROLLE

Dem Staat wird eine zentrale Verantwortung bei der Gestaltung der digitalen Transformation zugeschrieben. Besonders in den Bereichen Datenschutz, Datensicherheit und beim Einsatz von KI erwartet die Bevölkerung klare Regeln, Transparenz und Kontrolle. Dem Staat wird ebenso die Möglichkeit von Innovation zugesprochen wie Big-Tech-Unternehmen. Somit ist der Staat nicht nur derjenige Akteur, der reguliert, sondern auch ein vertrauenswürdiger Akteur für digitale Lösungen.

DIGITALISIE- RUNG UND DE- MOKRATIE

Die Digitalisierung wird mehrheitlich als Herausforderung für demokratische Prozesse wahrgenommen. Insbesondere soziale Medien werden mit Polarisierung, Desinformation und einer Überforderung des politischen Diskurses in Verbindung gebracht. Gleichzeitig bleibt das Potenzial digitaler Teilhabe sichtbar, etwa durch niedrigere Zugangshürden zur politischen Beteiligung. Das kritische Bild richtet sich somit weniger gegen die Digitalisierung an sich, sondern gegen den aktuellen, unzureichend regulierten Zustand der digitalen Öffentlichkeit.

**BREITE NUT-
ZUNG KÜNSTLI-
CHER INTELLI-
GENZ**

KI-Anwendungen sind bereits im Alltag vieler Menschen angekommen und werden mehrheitlich genutzt. Gleichzeitig bleibt die Haltung gegenüber KI und den dahinterstehenden Unternehmen ambivalent. Anerkannt werden Effizienzgewinne und neue Möglichkeiten, während Sorgen um Kontrolle, Ressourcenverbrauch und Arbeitsplatzverluste bestehen bleiben. Akzeptanz entsteht dort, wo KI als nachvollziehbar, reguliert und ressourcenschonend wahrgenommen wird und menschliche Verantwortung klar eingebunden bleibt.

**DIGITALISIE-
RUNG UNTER
DRUCK**

Das Vertrauen in internationale Big-Tech-Unternehmen ist begrenzt und teilweise erodierend. Entsprechend wächst der Wunsch nach stärkeren nationalen Regeln und nach Lösungen, die sich stärker an demokratisch gesetzten Normen orientieren. Die digitale Transformation steht damit unter einem doppelten Druck: Sie soll Innovation ermöglichen, gleichzeitig aber Schutz, Kontrolle und politische Steuerungsfähigkeit sicherstellen. Ohne diese Balance droht ein Akzeptanzverlust.

**DIGITAL-
SKEPTISCHE
PERSONEN**

Ein Blick auf digitalisierungsskeptische Personen zeigt, dass auch sie mehrheitlich eine stärkere Regulierung von Technologieunternehmen befürworten, eigene digitale Lösungen trotz höheren Aufwands gegenüber internationalen Alternativen bevorzugen und Big-Tech-Firmen kritisch gegenüberstehen. Diese Gruppe ist politisch durchaus relevant, da sie bei digitalpolitischen Themen – etwa der Abstimmung zur E-ID – eine gewichtige Stimme darstellt.

**NACHHALTIGE
LÖSUNGEN**

Neben sozialen und demokratischen Fragen gewinnt die ökologische Dimension der Digitalisierung an Bedeutung. Eine Mehrheit der Bevölkerung bevorzugt gezielte, ressourcenschonende digitale Lösungen gegenüber einem breitflächigen, aber umweltintensiven Technologieeinsatz. Digitale Innovation soll nicht um jeden Preis erfolgen, sondern im Einklang mit Umwelt- und Klimazielen stehen. Nachhaltigkeit wird damit zu einem integralen Bestandteil einer zukunftsfähigen Digitalpolitik.

11 Anhang

11.1 gfs.bern-

URS BIERI



Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler (lic. rer. soc.), Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent am VMI der Universität Fribourg und an der ZHAW Winterthur

✉ urs.bieri@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, integrierte Kommunikationsanalysen, qualitative Methoden

TOBIAS KELLER



Projektleiter und Mitglied der Geschäftsleitung, Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computergestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet



CORINA SCHENA

Projektleiterin

✉ corina.schena@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Wahlen, Abstimmungen, Gesundheitspolitik,
Gesundheitskampagnen, Image- und Reputationsanalysen,
qualitative und quantitative Methoden sowie Moderation



SARA RELSTAB

Data Scientist

Ökonomin PhD

✉ sara.rellstab@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



INA GUTJAHR

Praktikantin Data Science

✉ ina.gutjahr@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



ROLAND REY

Projektmitarbeiter / Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen,
Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied von Swiss Insights und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

 **SWISS INSIGHTS**
Corporate Member

gfs.bern 